## Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen

zu den

Fragen an die Kandidatinnen und Kandidaten für die sächsische Landtagswahl 2014 aus den Parteien: CDU, SPD, Linke, Grüne, FDP des Sächsischen Museumsbundes

Stand: 2.06.2014

## I. Fragen zum Kulturraumgesetz

1. Eine wichtige Herausforderung der kommenden Legislaturperiode ist die Evaluierung, ggf. Novellierung des sächsischen Kulturraumgesetzes. Welches Instrumentarium sollte darin Ihrer Meinung nach zukünftig definiert werden, um eine kontinuierliche Kulturarbeit in den Museen zu garantieren?

Das Sächsische Kulturraumgesetz regelt als maßgebliches Instrument solidarischer Kulturfinanzierung in den drei urbanen und fünf ländlichen Kulturräumen die Förderung von Einrichtungen und Projekten mit regionaler Bedeutung (Musikschulen, Museen, Theater, Orchester, Bibliotheken, darstellende und bildende Kunst, Musik, Literatur, Soziokultur usw.). Eine der wichtigsten Intentionen des Kulturraumgesetzes besteht in der Schaffung einer "Struktur des Zusammenwirkens". Sie soll die kommunalen Verantwortungsträger maßgeblich dabei unterstützen, das kulturelle Leben im Lande zu entwickeln, zu fördern und zu bewahren, und zwar unter voller Wahrung der Eigenverantwortung der Kommunen. Das KRG berücksichtigt die Vielfalt der Sparten in allgemeiner Form und überlässt die die konkrete Ausgestaltung den Satzungen der einzelnen Kulturräume.

Um die Arbeit der sächsischen Museen auf eine solide Grundlage zu stellen, plädiert DIE LINKE für ein Museumgesetz.

2. Im § 2 des Kulturraumgesetzes ist verankert, dass Kultur eine Pflichtaufgabe ist. In kommunaler Trägerschaft befindliche Museen sind gerade nach der Umstellung auf die doppische kommunale Haushaltsführung deutlich als freiwillige Leistungen definiert worden. Wie stehen Sie zu diesem Widerspruch?

Aus unserer Sicht hat sich an der Pflichtigkeit der Kultur nichts geändert. Dafür sprechen sowohl die Landesverfassung als auch das Kulturraumgesetz. Wir lassen uns aber auch eines Besseren belehren.

3. Das sächsische Kulturraumgesetz besteht seit 20 Jahren, als Unikum in der Bundesrepublik. Dieses hervorragende Gesetz definiert eindeutig die Höhe des finanziellen staatlichen Engagements für Kultur. Leider sind die vorgesehenen finanziellen Mittel fest definiert, während im gleichen Zeitraum die Museen mit steigenden Kosten konfrontiert sind. Auch die Anzahl der per Kulturraumgesetz geförderten Einrichtungen und Projekte ist angestiegen. Wie soll Ihrer Meinung nach mit dem Resultat dieser Entwicklung, nämlich den knapper werdenden finanziellen

Spielräumen für die Museen umgegangen werden? Sind Sie für eine Anhebung der finanziellen Mittel, die das Land per Kulturraumgesetz zur Verfügung stellt, um so die reiche sächsische Museumslandschaft zu erhalten?

DIE LINKE setzt sich nach wie vor für eine Erhöhung der Kulturraummittel und deren Dynamisierung.

4. Der Solidarpakt II läuft voraussichtlich 2019 aus. Die im Kulturraumgesetz definierten Mittel kommen aus dem Solidarpakt. Wie soll die Arbeit in den sächsischen Museen nach 2019, nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II finanziert werden?

Die Mittel aus dem Solidarpakt stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Finanzierung der Kulturräume. Sollte Sachsen, wie der Ministerpräsident behauptet, von einem Empfänger- zu einem Geberland werden, dann müssen selbstverständlich auch die Museen in Sachsen aus Landesmitteln finanziert werden. Das setzt jedoch eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung voraus. Da dieses Szenario für Sachsen eher unwahrscheinlich ist, wird es eines neuen Solidarpakts bedürfen.

5. Sachsen ist ein Kulturland, dessen Museen wichtige Beiträge zur Stiftung regionaler Identität leisten, sowie die vielschichtigen Aspekte der kulturellen Entwicklungen im Land erlebbar machen. Das Berliner Institut für Museumsforschung erfasste im Jahre 2012 – wie auch in den beiden Jahren zuvor- einen Anstieg der Besuchszahlen in sächsischen Museen um 6% im Vergleich zum Vorjahr. Diese Steigerung wird ganz überwiegend von den großen Museen in Dresden, Leipzig und Chemnitz erzielt. Aber auch in den ländlichen Regionen Sachsens werden anspruchsvolle Ausstellungen auf hohem Niveau geboten, und die Besuchszahlen sind auch ohne große Touristenströme stabil. Welche regionalen Akzente würden Sie in der Entwicklung der sächsischen Museumslandschaft setzen? Wie können aus Ihrer Sicht Bewahrung und Erforschung der Sammlungen sowie die öffentliche Präsentation der Ergebnisse abgesichert werden?

DIE LINKE plädiert für eine engere Zusammenarbeit von staatlichen und staatlich geförderten Museen unter Einbeziehung von nichtstaatlichen Museen auf regionaler und kommunaler Ebene. Dafür sind optimale Organisationsformen und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen.

Einen wichtigen musealen Akzent würde DIE LINKE, um ein konkretes Beispiel zu nennen, bei der Nutzung des Japanisches Palais' in Dresden setzen.

Für das Japanische Palais schlägt DIE LINKE eine Zusammenführung des weltweit einzigartigen Fundus an Exponaten Ostasiatischer Kunst (Ostasienfundus), über den der Freistaat Sachsen und die Stadt Dresden verfügen, in einem neu einzurichtenden "Zentrum für Ostasiatische Kunst" vor. Das Japanische Palais in Dresden ist ein Ort mit einer bedeutenden kulturgeschichtlichen Tradition. Bei ihm handelt es sich um die erste monumentale Chinoiserie in Europa und eines der architektonischen Hauptwerke der Spätphase des augusteischen Barock. Mit ihm schloss die erste Phase der Kunstrichtung des Exotismus – hier in primär ostasiatischer Ausprägung – in Dresden ab. Diese Kunstrichtung war im gesamten Spätbarock präsent, erfuhr ihre erste Ausformung jedoch in Dresden. Die Stadt Dresden verfügt über den reichsten Bestand chinesischer und japanischer Kunst in Europa. In höheren japanischen Schulen gehört das Japanische Palais zum Lehrstoff, und August der Starke gilt als erster Mäzen

japanischer Kunst in Europa. Eine künftige Nutzung des Palais sollte an die prominente kulturhistorische Tradition des Gebäudes anknüpfen, um auf den öffentlichen Stellenwert aufmerksam zu machen. Darüber hinaus würde ein "Zentrum für Ostasiatische Kunst" durch die Verbindung des Schönen – der Kunst – mit dem Nützlichen – dem Tourismus und internationalen Kontakten – weit über Europa hinaus ausstrahlen. Damit würde zugleich einem Vorschlag der Sächsischen Akademie der Künste entsprochen.

6. Die sächsischen Museen arbeiten dafür, interessierten Menschen jeden einzelnen Aspekt der Entwicklung sächsischer Kultur in Ausstellungen aufzuzeigen und zu vermitteln, sowie – und das sind ja die wichtigen Kernaufgaben der Museen – dazu auch zu sammeln, sowie die Sammlungen zu bewahren und zu erforschen. Ist eine hauptsächliche Bewertung von Museen auf der Grundlage von Besuchszahlen daher sinnvoll?

Die Antwort lautet nein. Im Zeichen der Kostenneutralität und mit den Steuerungsinstrumenten der Unternehmensberatung sollen vom Staat unterhaltene Kultureinrichtungen beweglicher und effizienter gemacht werden. Ein Verfahren das auch im Bildungswesen Anwendung findet. Bildung und Kultur legt eine ökonomische Sprache herrisch auf Effizienzüberprüfung fest: Output, Best practice, Benchmarking, Controlling, Fusion, Qualitätsmanagement. Daraus ergeben sich die quantifizierenden Diagnoseinstrumente für öffentliche Kultureinrichtungen, als da sind Auslastung bzw. Besucherzahlen, Drittmitteleinwerbung und die Umschichtung der Ressourcen hin zur Verwertbarkeit künstlerischer und kultureller Aktivitäten. Wer an messbarer Menge wenig aufzuweisen hat, der kann dafür bestraft werden: Er bekommt weniger Geld und weniger Stellen. Die "Rationalität der Quantifizierung" zeigt sich gleichgültig gegenüber den jeweiligen Besonderheiten von Kunst und Kultur.

Für die Museen hat die Übertragung des ökonomischen Effizienzmodells einen Wandel im bisherigen Verständnis von Museumsarbeit zur Folge. Mittels Merchandising und einer verstärkten Erlebnisorientierung sollen die Besucherzahlen und die Einnahmen erhöht werden, soll, salopp gesagt, Kasse gemacht werden. Das Museum, das betrifft weniger die kleinen Einrichtungen, entwickelt sich dadurch zu einer neuen Art von Massenmedium. Riesige Besucherschlangen zeugen vom (wirtschaftlichen) Erfolg. Inszenierung und Show gewinnen Vorrang vor dem Sammeln und ernster Museumspädagogik. Die herkömmliche Trennung von permanenter Sammlung und temporärer Ausstellung wird aufgehoben. Sammlungen werden immer häufiger in Bewegung gesetzt und Präsentationen mit Depotbeständen angereichert. Ihre Mobilität sorgt für Einnahmen.

Darunter leiden die übrigen Aufgaben der Museen: das Sammeln und Forschen. DIE LINKE hält das für eine problematische Entwicklung.

## II. Fragen zur Landesausstellung 2018

7. Das Land Sachsen widmet sich beispielhaft seiner Industriekultur und den kulturellen Errungenschaften Sachsens in der jüngeren Vergangenheit. So wurde im Jahre 2013 erstmals der sächsische Industriekulturpreis vergeben. Wie schätzen Sie den Stellenwert der sächsischen Industriekultur ein und wie bewerten Sie die Funktion der sächsischen Industriemuseen?

Als Kernland der frühen Industrialisierung kann der Freistaat auf eine reiche, mehr als 200jährige Industrietradition zurückblicken. Trotz umfangreicher Abbrüche nach 1990 besitzt Sachsen einen beachtlichen Bestand von nahezu 7.000 Zeugnissen der Technik- und Industriegeschichte, einschließlich Verkehrsanlagen. Wir verstehen "Industriekultur" als gesamte Kulturgeschichte des bis heute andauernden Industriezeitalters. Der Begriff verbindet somit Technik- und Sozialgeschichte und umfasst in diesem multidimensionalen Verständnis gerade auch den Alltag der Menschen, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Insofern ist die sächsische Industriekultur nicht nur aus historischer Perspektive zu betrachten, sondern in die lokalen und überregionalen Transformationsprozesse der Gegenwart und näheren Zukunft einzubeziehen. In diesem Sinne verstehen wir Industriekultur als zukunftsfähiges Landesthema und treten deshalb nachdrücklich für die Gründung einer Stiftung "Sächsische Industriekultur" ein und unterstützen die entsprechenden Handlungsempfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates zur Industriekultur in Sachsen. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode hatte Fraktion DIE LINKE die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag eine Konzeption zur Förderung und Entwicklung der Industriekultur im Freistaat Sachsen (Entwicklungskonzeption - Industriekultur Sachsen) zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, mit konkreten Vorschlägen

- für den Erhalt der sächsischen Industriedenkmale,
- für einen langfristig gesicherten und soliden Finanzierungsmodus des Zweckverbandes "Sächsisches Industriemuseum",
- zur Einrichtung einer "Stiftung Sächsische Industriekultur" und
- zur Planung und Vorbereitung der nächsten Landesausstellung mit dem Thema "Sächsische Industrie-(Geschichte)".

Im Kontext des Themas Industriekultur treten wir auch dafür ein, die Denkmalpflege und den Denkmalschutz wieder an das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst anzugliedern und das zuständige Landesamt mit dem Landesamt für Archäologie zu einer gemeinsamen Behörde zusammenzufassen.

8. Wie stehen Sie zu der Idee, die kommende Landesausstellung möglichst im Hinblick auf Nachhaltigkeit zu planen und welche Kriterien würden Sie in diesem Zusammenhang anlegen? Was verstehen Sie unter Nachhaltigkeit in diesem Zusammenhang?

Die Staatsregierung setzt sich mit der Vergabe der Landesausstellung an die Autostadt Zwickau, über einen Beschluss des Landtages vom April 2011 hinweg (Drs 5/552). Die Region Chemnitz wird nicht, wie vom Landtag auf Antrag von CDU und FDP gefordert, in die Landesausstellung einbezogen. Eine Begründung für diesen Sinneswandel und ihr undemokratisches Vorgehen bleibt das Kabinett schuldig.

Damit stößt die Kunstministerin auch die Fachleute vor den Kopf, die im Vertrauen auf den Beschluss des Landtages ein dezentrales Konzept für die künftige Landesausstellung entwickelt haben. Es bot die Chance, dem Publikum das ganze Spektrum der sächsischen Industriekultur sowohl inhaltlich als auch räumlich zu präsentieren. Das wird nun nicht der Fall sein und verursacht beträchtliche Kosten, weil noch einmal von vorn geplant werden muss. DIE LINKE wird die Staatsregierung ob der Entscheidung im Landtag zur Rede stellen. Ein entsprechender Antrag ist bereits eingereicht. (Drs 5/ 13601)

Laut Medienberichten bestehen Zweifel daran, dass der 100 Jahre alte Horch-Hochbau in Zwickau, der derzeit als Lagerhalle genutzt wird, rechtzeitig für die 4. Sächsische

Landesausstellung fertiggestellt werden kann. Vermutlich werden die in einem Gutachten dafür veranschlagten knapp 15 Millionen Euro nicht ausreichen.

DIE LINKE hatte sich dem Votum von Fachleuten gemäß für eine Schwerpunktsetzung der künftigen Landesausstellung in der Region Chemnitz ausgesprochen. Die Fachleute hatten ein dezentrales Konzept für die Landesausstellung ausgearbeitet, das dem Publikum das ganze Spektrum der sächsischen Industriekultur sowohl inhaltlich als auch räumlich präsentiert. Eine Landesausstellung, die ausschließlich an einem Ort stattfindet, kann das nicht leisten.

## III. Fragen zur Sächsischen Landesstelle für Museumswesen

9. Seit 20 Jahren f\u00f6rdert die S\u00e4chsische Landesstelle f\u00fcr Museumswesen mit anerkannt gro\u00e4em Erfolg sowohl die Fachkompetenz als auch die Projekte der nichtstaatlichen Museen in Sachsen. Landesstelle und Kulturraumgesetz bilden eine in der Wirkung erprobte Struktur f\u00fcr die lebendige Museumsarbeit jenseits der gro\u00e4en kulturellen Flagschiffe Sachsens. Nun soll die Landesstelle mit Verweis auf Synergie- Effekte einem dieser Flagschiffe, den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) institutionell angegliedert werden. Der S\u00e4chsische Museumsbund glaubt nicht an die Synergie- Effekte und f\u00fcrchtet um die Unabh\u00e4ngigkeit der Landesstelle. Wie ist Ihre Position?

DIE LINKE hat sich stets für Selbständigkeit der Landesstelle für Museumswesen eingesetzt, die eine unbestritten gute Arbeit leistet. Die Absicht der Staatsregierung, die Landestelle in die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden einzugliedern, halten wir für sachfremd. Zu vermuten ist, dass, wie so oft, Haushaltsgesichtspunkte für die Staatsregierung maßgeblich sind. DIE LINKE alle parlamentarischen Mittel ausschöpfen wird, um die Selbständigkeit der Landestelle für Museumswesen zu erhalten. Nur so kann das anerkannt hohe fachliche Niveau der Landesstelle langfristig gesichert werden. Freilich wird die Fraktion ihre Entscheidung nicht ohne den Rat von Museumsexperten fällen und, falls erforderlich, auch korrigieren.

10. In den letzten Jahren hat die Sächsische Landesstelle für Museumswesen für die Förderung nichtstaatlicher sächsischer Museen deutlich weniger finanzielle Mittel zur Verfügung gehabt. Bis zu 300.000 € weniger standen zur Verfügung. Welche Gestaltung der zukünftigen finanziellen Ausstattung der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen sehen Sie vor?

DIE LINKE hat sich in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt immer wieder für eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die Landesstelle eingesetzt. Mindestens eine Verdopplung der Mittel ist überfällig.